

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 114. Ratssitzung vom 31. August 2016

2169. 2016/34

Weisung vom 27.01.2016:

Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Beiträge 2016–2019, sowie Bericht und Abschreibung Postulat

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 250 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Vom Bericht zum Postulat betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area wird Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2012/5, von Dr. Jean-Daniel Strub und Lucia Tozzi (beide SP) vom 11. Januar 2012 betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Einbezug der kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmaßnahmen für die Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Isabel Garcia (GLP): *In der Weisung geht es um die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA) für die Jahre 2016 bis 2019. Beantragt werden Beiträge in der unveränderten Höhe von 250 000 Franken pro Jahr. Die GZA hat den Auftrag, den Wirtschaftsstandort Grossraum Zürich zu vermarkten und Firmen anzusiedeln. Träger der GZA sind nebst den Städten Zürich und Winterthur die Kantone Zürich, Graubünden, Solothurn, Zug, Uri, Schwyz, Glarus und Schaffhausen, aber auch private Stifter wie z.B. die Swiss Re oder der Flughafen Zürich. Auch die ETH Zürich ist neuerdings mit dabei. Die GZA verfügt über ein Jahresbudget von knapp 4 Millionen Franken. Davon sind 2,8 Millionen Franken Subventionen der öffentlichen Hand. Rund 1,1 Millionen Franken stammen von privaten Trägern. Der Standortwettbewerb ist in den letzten Jahren globaler und härter geworden. Auch aufgrund der technologischen Entwicklung werden Unternehmen immer unabhängiger. Auch bei der Konkurrenz kann man eine Verbesserung bei den Standortqualitäten feststellen. Parallel dazu hat sich der Wettbewerb um die besten Unternehmensstandorte zunehmend in eine Konkurrenz zwischen den Metropolitanräumen verlagert. Umso wichtiger ist es, dass eine Standortförderungsinstitution wie die GZA eine individuelle Betreuung und massgeschneiderte Informationsarbeit für interessierte Unternehmen anbieten kann. Gerade in einem föderalistischen Land sind die Wettbewerbsvorteile oft regionaler und lokaler Natur. Die Standortvermarktung muss deshalb auch lokal und regional getragen und ausgeführt werden. Die GZA konzentriert sich in ihren Aktivitäten auf die Zielmärkte Europa, USA und China, wo auch die 15 Mitarbeitenden der GZA eingesetzt werden. Die GZA legt den Fokus auf Unternehmen der Maschinenindustrie, ICT-Branche, Biotech, Pharma,*

Cleantech und Umwelttechnologie, Medien und Kreativwirtschaft, Medizinaltechnik sowie technische und wissenschaftliche Dienstleistungen. Diese Fokussierung entspringt einer klaren Analyse der Standortqualitäten des Metropolitanraumes Zürich. Der Wirtschaftsraum Zürich ist überdurchschnittlich attraktiv für innovationsgetriebene und wertschöpfungsintensive Unternehmen. Die GZA wurde im letzten Jahr einer umfassenden Überprüfung durch Ernst&Young unterzogen. Dabei wurde auch der Forderung des Postulats 2012/5 Rechnung getragen, das eine Untersuchung der kritischen Nebeneffekte der Aktivitäten der GZA forderte. Die Auswirkung der Standortförderungsmaßnahmen sollten untersucht werden, insbesondere im Bereich des Wohnungsmarkts, aber auch im Bereich von Nachfrage nach Bildungs- und Betreuungsdienstleistungen sowie Mobilität. Die kritischen Nebeneffekte wurden aber nun insgesamt als minimal beurteilt. Weiter wurde festgestellt, dass die GZA bezüglich Steuerfragen von ansiedlungsinteressierten Unternehmen nicht beratend tätig ist und dass sich die strategische Neuausrichtung mit den erwähnten Fokusbranchen in hoher Übereinstimmung mit der städtischen Strategie zur Entwicklung des Wirtschaftsraums Zürich befindet. Im Zeitraum 2009 bis 2013 hat die GZA 464 Unternehmen angesiedelt. Dabei wurden insgesamt 4165 Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Steuereinnahmen in der Höhe von rund 150 Millionen Franken generiert. Zürich ist geografisch und wirtschaftlich gesehen das Herz der GZA und kann von den Aktivitäten überproportional profitieren. Zürich bietet eine hervorragende Infrastruktur in jeder Hinsicht. Dies trägt zur Attraktivität bei. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt, den städtischen Beitrag auch in den kommenden vier Jahren in der unveränderten Höhe von 250 000 Franken pro Jahr zu belassen. Weiter wird empfohlen, den Bericht zum Postulat bezüglich der Evaluation der GZA zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Christian Huser (FDP): *Die FDP stellt einen Änderungsantrag. Seit 2000 hat der Gemeinderat den Nutzen des Standortmarketings erkannt und mit seiner Zustimmung von jährlich 250 000 Franken einen grossen Beitrag geleistet. Von 2009 bis 2013 konnten dadurch rund 150 Millionen Franken Einkommens- und Unternehmenssteuern eingenommen werden, und dies bei einem Aufwand von lediglich 30 Millionen Franken. Die Stadt profitiert als Zentrum besonders. Von den 406 Unternehmen mit 4200 Mitarbeitenden befinden sich 93 Firmen mit rund 1200 Angestellten in der Stadt. Finanziert wird die GZA durch die Stadt Zürich, die Region Winterthur, die verschiedenen Mitgliederkantone und private Unternehmen. Seit 1999 bezahlen die Kantone 1.50 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Die Städte Zürich und Winterthur sowie die Privaten sind von dieser Regelung ausgeschlossen. Sie bezahlen einen pauschalen Beitrag. Die Gesamtsumme beträgt 4,2 Millionen Franken. Davon stammen rund 1,15 Millionen Franken von Privaten und 3,1 Millionen Franken von der öffentlichen Hand. Der Anteil des Kantons Zürich entspricht ungefähr der Hälfte dieses Betrags. Die Stadt ist die Hauptnutznießerin der Standortaktivitäten der GZA. Deshalb sollte uns dies ein professionelles Standortmarketing von mindestens 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner wert sein. Der Betrag wäre auch im Verhältnis zum kantonalen Beitrag angemessen. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen könnte man am Standort Zürich mit zusätzlichen 1 bis 2 Mitarbeitenden, die den Markt permanent bearbeiten würden, grös-*

sere Erfolge generieren. Bei der SP, die in letzter Zeit sehr wirtschafts- und gewerbefreundlich auftrat, stösst unsere Forderung nicht auf grosse Unterstützung. Auch bei den Grünen ist die Standortförderung eher ein rotes Tuch. Die Haltung der GLP wird sich noch zeigen. Bei der SVP steht wiederum das Sparen im Vordergrund. Es wäre allerdings der falsche Zeitpunkt. Für die weitere Zukunft scheint es uns wichtig, die 400 000 Franken zu sprechen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Christina Hug (Grüne): Die Fraktionen der Grünen und der AL werden den städtischen Beitrag an die Stiftung GZA weiterhin ablehnen und sind auch klar gegen eine Aufstockung des Beitrags. Das Ziel der GZA ist es, den Grossraum Zürich als attraktiven Wirtschaftsstandort zu verkaufen und internationale Firmen anzulocken. Solche Massnahmen mögen sinnvoll sein für strukturschwache Kantone oder Regionen, die mit Abwanderung zu kämpfen haben. Für die Stadt Zürich hingegen sind sie nicht nötig. Zürich wird aufgrund der Lage, der sehr guten Infrastruktur und den ausgezeichneten Rahmenbedingungen als ausserordentlich attraktiven Wirtschaftsstandort wahrgenommen. Firmen siedeln sich gerne hier an. Die Frage stellt sich, ob die Ansiedelung von internationalen Firmen in Zürich tatsächlich primär auf die Tätigkeit der Stiftung GZA zurückzuführen ist. Die Firmenansiedlungen schaffen im Übrigen auch nicht Arbeitsplätze an sich. Es findet lediglich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen von einem Standort an den anderen statt. Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, dass Firmen nach Zürich kommen und die Stadt wächst. Diese Entwicklung findet aber ohnehin statt und sollte nicht noch mit Steuergeldern forciert werden. Das Wachstum bringt durchaus auch negative Folgen mit sich. Der Siedlungsdruck auf die Landschaft im Raum Zürich, der Druck auf den Wohnungsmarkt, auf das Bildungswesen, auf die Verkehrsinfrastruktur und auf das lokale Gewerbe ist bereits heute enorm. Besonders stossend scheint mir, dass neu auch die SVP dem Kredit zustimmt. Sie will offenbar, dass sich Firmen aus dem Ausland hier ansiedeln. Wenn für die Besetzung der Arbeitsplätze dann auch Leute nach Zürich kommen, spricht die SVP aber wieder von Masseneinwanderung. Das ist nicht konsequent.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Sinn der Spezialkommissionen liegt auch darin, dass man über Parteien hinweg erfährt, was die andern im Schilde führen. Natürlich werden nie alle Karten auf den Tisch gelegt. Interessant war aber diesmal, dass die SP in der Spezialkommission mit Enthaltung glänzte und die FDP kurz vor Schluss mit einem gloriosen Antrag kam, das Budget um 60 % zu erhöhen. Die SVP ist transparent und verlässlich. Wir haben den Beitrag 2012 zwar noch abgelehnt. Seither hat sich aber einiges verändert und wir befürworten den Beitrag von 250 000 Franken. Die neue strategische Ausrichtung der GZA wurde in der Weisung erläutert und im Bericht von Ernst&Young ausführlich dokumentiert. Bei Werbung ist es üblicherweise so, dass man 100 % ausgibt und nicht weiss, wie viel davon unnütz ist. Wenn man nun bei der GZA 50 % davon für unnütz hält, muss man präzisieren, was diese 50 % beinhalten. Am meisten zur Befürwortung der Beiträge geführt hat uns aber das exorbitante Ausgabenwachstum der

Stadt. Wir scheitern bei unseren Versuchen, dieses zu bremsen. Im vorliegenden Fall ziehen Personen aufgrund der Arbeitsplätze hierher. Sie finden hier bessere Konditionen und ein gutes Umfeld. Es gibt somit allenfalls auch ein Wachstum von Arbeitsplätzen bei diesen Firmen. Dies führt unter dem Strich zu einem Stellenwachstum. Wir sind froh, dass sich jemand strategisch und konsequent dafür einsetzt, dass ausländische Firmen nach Zürich kommen und uns Steuereinnahmen bringen. Mit der Masseneinwanderung erzielt man kein Wachstumssteuersubstrat pro Person. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen pro Person sinken. Bei der SP gibt es offenbar unterschiedliche Meinungen. Wir hoffen auf Stimmfreigabe. Die SP hat den Beitrag bisher unterstützt. Ich verstehe nicht, warum sie sich nun ziert. Die GZA fördert Cleantech, ICT. Sie hält sich mit der Förderung und Anlockung von Finanzdienstleistungen und Rohstoffhandel zurück und müsste somit bei der SP gut angeschrieben sein. Die FDP wiederum schlägt vor, 400 000 Franken einfach so zu sprechen, ohne genau zu sagen, wofür diese ausgegeben werden sollen. Das überzeugt uns nicht. Die 400 000 Franken wurden weder von der GZA noch vom Stadtrat gefordert. Die Abschreibung des Postulats wie auch den Bericht von Ernst&Young hingegen können wir unterstützen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Dr. Daniel Regli sprach von einem exorbitanten Ausgabenwachstum. Davon kann keine Rede sein. Der überwiegende Teil der wachsenden Ausgaben hat mit der Erfüllung von gut begründeten Volksentscheiden zu tun. Die SP hat sich in der Kommission der Stimme enthalten, weil sich in der Fraktion zwei Positionen die Waage hielten. Es sind zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel. Entsprechend hat die SP-Fraktion bei dieser Weisung Stimmfreigabe beschlossen. Auf Anfrage gaben wir diesbezüglich auch Auskunft. Ich persönlich vertrete den Standpunkt derjenigen Mitglieder, die der Weisung zustimmen werden. Es geht hier auch um eine gewisse Kontinuität. Bei der Debatte vor vier Jahren kam aus den verschiedensten Fraktionen viel Skepsis gegenüber dem Wirken der GZA, aber auch ein Insistieren, dass die GZA eine neue strategische Ausrichtung verfolgen können soll. Wir haben die Weisung vor vier Jahren aus grundsätzlichen Erwägungen nicht abgelehnt. Deshalb ist es nur konsequent, auch dieses Mal der Weisung zuzustimmen. Die Neuausrichtung der Strategie ist in der Rhetorik, in den Resultaten, in der Vorgehensweise und im anvisierten Branchenmix spürbar. Es wird ein anderer Weg eingeschlagen. Das hat auch mit dem Insistieren der Stadt zu tun. Ich erwarte, dass man weiter auf dem eingeschlagenen Weg insistiert. Eine Bündelung der Kräfte im Bereich der Standortpromotion ist sinnvoll und besser als eine kleinräumige Wirkungsweise. Es gibt unter anderem mit dem Steuerwettbewerb noch genügend Gebiete, wo eine schädliche Konkurrenz im kleinen Rahmen in der Schweiz besteht. Kantone stehen zueinander in der Standortkonkurrenz. Wir sollten deshalb weiterhin im Gebündelten wirken. Die Stadt braucht wirtschaftliche Diversifizierung. Die GZA kann einen Beitrag dazu leisten und handelt in Übereinstimmung mit den strategischen Grundlinien der Stadt. Die Stadt sollte als eine Art Stachel im Fleisch der GZA agieren. Das Ja ist ein kritisches Ja mit viel Verständnis für die Gegenseite. Ich bedanke mich für die Erfüllung des Postulats. Der Bericht zeigt auf, dass die kritischen Nebeneffekte in der Tat nur minimal sind. Wir nehmen Kenntnis davon, schreiben das Postulat ab und werden das Wirken der GZA weiterhin im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachten.*

Roger Liebi (SVP): *Christina Hug (Grüne) sagte, es sei eigenartig, dass die SVP die Beiträge plötzlich befürworte. Es ist nicht so, dass wir damals grundsätzliche Bedenken gegenüber der GZA hegten. Wir wiesen lediglich auf die Intransparenz hin. Es war mir ein Anliegen, dass hier mehr Transparenz vorhanden ist, damit wir wissen, warum was passiert. Dies hat nun stattgefunden. Es kommt nicht nur der Stadtzürcher Wirtschaft zugute, sondern auch für den Kanton und die Grossregion. Ich bin im politischen Sinne kein grosser Metropolitanfreund, aber im wirtschaftlichen Sinne durchaus. Es sind viele Kantone mit dabei. Christina Hug (Grüne) sagte, die Firmen würden auch ohne das Zutun der GZA nach Zürich kommen. Das ist heute nicht mehr so. In Deutschland etwa werden gewisse Firmen steuerbefreit. Dann sind sie eventuell in fünf Jahren wieder weg. Über 80 % der von der GZA akquirierten Firmen sind auch nach 10 Jahren noch hier. Das ist ein Erfolg. Wir wollen nicht nur für diejenigen Firmen Arbeitsplätze schaffen. Es braucht auch immer Lieferanten für diese Firmen. Unser Gewerbe erhält dadurch Arbeit. Wenn man zudem 1 Franken in die GZA investiert, erhält man 5 Steuerfranken zurück. Das ist doch toll. Damit können die Grünen dann ihre Anliegen finanzieren. Im heutigen Umfeld haben wir andere Herausforderungen. Der Franken ist nicht unglaublich stark. Der schwache Euro drückt sich auf verschiedenen Ebenen aus. Wir müssen darauf achten, dass wir die Wirtschaft nicht nur stärken, sondern anheben können. Dazu gehört Wachstum. Wenn die Linke ihre Ausgabenpolitik so weiterführen will, muss sie für die Wirtschaft sorgen und mithelfen, dass diese Unternehmen und Angestellten Steuern in die Stadt bringen und hier gut leben können.*

Isabel Garcia (GLP): *Vor vier Jahren haben wir die Weisung noch abgelehnt. Dieses Mal werden wir zustimmen. Uns hat überzeugt, dass Analysen über Aktivitäten, Strategie und Zielsetzung der GZA stattgefunden haben. Auch die Ergebnisse der Analysen haben uns überzeugt. Sie sind auch in der vorliegenden Weisung wiederzufinden. Bei den früheren Weisungen war alles etwas schwammig gehalten. Es war unklar, wer wo tätig war, ob Überschneidungen mit anderen Promotionsorganisationen existierten, ob es sich um eine allgemeine, nicht allzu fokussierte Aktivität handelte. Nun findet eine klare Fokussierung statt, einerseits auf Märkte – Europa, USA, China –, die wichtige Partner für die Schweiz sind und spezifische Bedürfnisse haben, gerade dann, wenn es darum geht, dass man massgeschneiderte Infos und Beratungsdienstleistungen für ansiedlungswillige Unternehmen anbringen kann. Die zweite Fokussierung bezieht sich auf die Stärken des Wirtschaftsraums Zürich. Der Wirtschaftsraum Zürich ist bei innovationsgetriebenen und wertschöpfungsintensiven Industrien und Unternehmen stark. Die neue Strategie ist genau darauf fokussiert. Uns gefällt insbesondere, dass Umwelttechnologie und Cleantech in diesen Fokusbranchen einen prominenten Niederschlag gefunden haben.*

Jonas Steiner (SP): *Ich nahm am gestrigen GZA-Talk teil. Was man hörte, war zu grossen Teilen nicht schlecht. Es wurde der herausragende Standort Zürich gepriesen. Es wurde mitgeliefert, welche Kriterien zu dieser Bewertung hinzugezogen werden können. Diesbezüglich war ich mit den ersten Referenten vollumfänglich einverstanden. Zentral für den Standort Zürich sind Bildung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das kulturelle Angebot, die Lebensqualität. Man könnte sich hier nun die Frage stellen, wann unsere linke Ratsseite zum letzten Mal eine Investition in diesen Bereichen abgelehnt*

hat und welche Parteien auf allen politischen Ebenen dafür verantwortlich sind, dass in genau diesen Bereichen an allen Ecken und Enden gespart wird. Die GZA ist nicht für die Attraktivität des Standorts verantwortlich. Ihre Aufgabe ist das gezielte Abwerben von Firmen im Ausland und die Anlockung in unseren Metropolitanraum. Damit kommen wir zum Hauptgrund, weshalb ich diese Vorlage ablehne. Die GZA und ihre Aktivitäten stehen für ein System, das mit meinen Idealen einer globalen Gerechtigkeit nicht vereinbar ist. Weltweit und auch in der Schweiz unterbieten sich Länder und Kantone im Standortwettbewerb gegenseitig mit tiefsten Unternehmenssteuern und Spezialsteuernkonstrukten, um den Unternehmen die Verlegung des Standorts schmackhaft zu machen. Das bedeutet in globaler Hinsicht eine gewaltige Vernichtung von Steuersubstrat. Dieses Steuersubstrat fehlt dann für Investitionen in den Bereichen Bildung, ÖV und Kultur. Insbesondere in ärmeren Ländern richtet dies einen enormen Schaden an. Der Kanton Zug, wichtiges Mitglied der GZA, spielt in diesem ruinösen Steuerwettbewerb eine zweifelhafte Schlüsselrolle. Es mag sein, dass die GZA weniger aggressiv als früher abwirbt und die steuerlichen Anreize weniger in den Vordergrund stellt. Das ist für mich allerdings sekundär. Sie wirbt im Ausland Unternehmen ab und führt dabei auch die steuerliche Attraktivität unseres Standorts ins Feld. Damit agiert die GZA auf eine Art, die ich als Mitglied dieses Parlaments nicht mittragen möchte. Zürich ist fähig und willens, die globale Perspektive im Blick zu behalten und sich nicht ausschliesslich von Egoismus leiten zu lassen.

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP hat dem Beitrag bereits vor vier Jahren zugestimmt, damals allerdings noch etwas kritischer, mit der Haltung, die GZA hätte eine Chance verdient, müsse aber den Beweis erbringen, dass sie diese Chance wahrnimmt. Heute war oft von der Neuausrichtung der GZA die Rede. Genau diese Neuausrichtung hat uns insgesamt überzeugt. Die GZA hat ihre Chance genutzt. Entsprechend werden wir die Weisung unterstützen. Den Antrag der FDP werden wir ablehnen. Aus den Dokumenten der Kommission war nicht ersichtlich, wie der Antrag zustande kam oder begründet wird. Es ist schwierig, so zu arbeiten, insbesondere, wenn man nicht in der Kommission mit dabei ist. Auch die nun vorgebrachte Begründung vermag uns nicht zu überzeugen.*

Marcel Tobler (SP): *Ich gehe mit Jonas Steiner (SP) einig, dass es die langjährige linke städtische Politik ist, die die Stadt in eine Position gebracht hat, dass sie enorm attraktiven Lebensraum bieten kann: Die Hochschulen, das kulturelle Angebot, Sicherheit, Mobilität, Flughafennähe, sozialer Frieden, Ausgleich, Rechtssicherheit, eine berechenbare Steuersituation. Auch die Machenschaften der GZA können durchaus hinterfragt werden. Bei den Konsequenzen vertrete ich jedoch eine andere Meinung. Im Falle eines Austritts der Stadt aus der GZA würde die Stadt ihre Macht, ihre Stärke verlieren, die sie in der GZA einbringen kann und mit der sie die GZA in unserem Sinne prägen kann. Zürich stellt das Zentrum der GZA dar. Wir sollten hier den Rücken von Zürich stärken.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Ich habe ebenfalls an der GZA-Konferenz teilgenommen und hege durchaus Sympathien für den Antrag der FDP. Die Erhöhung würde sich in 1 Franken pro Einwohner von Zürich niederschlagen. Man muss sich aber fragen, wie hoch der Anteil dieses Budgets ist, der zum Fenster hinausgeworfen wird. Man muss*

jedoch auch berücksichtigen, dass mehr Steuersubstrat hineingebracht würde. Vervielfacht man mit dem Multiplikator 5, ist fünf Mal die Hälfte des Zusatzbeitrags immer noch mehr als der Zusatzbeitrag insgesamt. Von daher hege ich durchaus auch Sympathien für den Antrag der SVP. Wir werden in der heutigen Sitzung auch noch über das Zürich Game Festival sprechen. Diese Weisung wird von der FDP wiederum abgelehnt, obwohl die Gaming-Industrie eine der zukunftsreichsten Industrien ist und weltweit mehr Umsatz als die gesamte Film- und Musikindustrie erzielt. Andererseits wurde an der GZA-Konferenz auch gesagt, dass die ETH und die EMPA neu als zahlende Sponsoren bei der GZA dabei sind. Die ETH arbeitet auch mit Disney Studios zusammen. Da begreife ich erst recht umso weniger, dass man den Antrag für das Game Festival ablehnt. Es ist bei der GZA-Weisung sicherlich gerechtfertigt, den bisherigen Beitrag beizubehalten. Man könnte diesen im Zweifelsfall aber sogar erhöhen.

Florian Utz (SP): Jonas Steiner (SP) ist bereits auf einen Kritikpunkt eingegangen: Das Abwerben der letzten Steuerzahler in Ländern wie Italien oder Spanien. Ich persönlich möchte noch einen anderen, bisher kaum thematisierten Punkt ansprechen: Den Finanzierungsschlüssel der GZA. Die GZA ist hauptsächlich von den Kantonen finanziert. Daneben gibt es noch Private und Gemeinden, die etwas bezahlen. Pro Einwohner zahlt jeder Kanton 1.50 Franken an die GZA. Die Gemeinde Zürich und die Region Winterthur zahlen zusätzlich etwas. Die Frage ist, wer bezahlt und wer profitiert. Der Kanton Zürich bezahlt ohne die städtischen Beiträge 63 % und erhält 32 % der Unternehmen, die die GZA im Ausland abwirbt. Zug bezahlt 5,2 % und erhält 30 % der Unternehmen. Die übrigen Kantone zahlen zusammen 32 % und erhalten 38 % der Unternehmen. Würde man den Verteilungsschlüssel dahingehend ändern, dass diejenigen Kantone mehr bezahlen müssten, die am meisten neue Unternehmen erhalten, müsste der Beitrag des Kantons Zug versechsfacht werden und der Beitrag des Kantons Zürich halbiert werden. Wir können heute nicht ändern, dass der Kanton Zürich auch ohne den städtischen Beitrag bereits doppelt bezahlt. Wir können allerdings entscheiden, ob die Stadt zusätzlich zu den 63 % des Kantons noch einen zusätzlichen Beitrag dazulegen soll. Ein Teil der SP-Fraktion ist der Meinung, dass beim Finanzierungsschlüssel ein Problem besteht. Er sollte nicht noch verdreifacht werden. Das Nein eines Teils der SP ist deshalb auch ein Votum für einen gerechteren Verteilungsschlüssel für die Kosten der GZA.

Michael Baumer (FDP): Es ist lobenswert, dass sich Jonas Steiner (SP) wirklich mit dem Thema befasst. Er müsste die Fakten aber nicht nur anhören, sondern auch zur Kenntnis nehmen. Es wurde über den Steuerwettbewerb gesprochen und dass das Steuersubstrat damit reduziert wird. Das stimmt nicht. Bei der GZA und bei der Standortförderung generell ist es gerade nicht so, dass man mit Spezialsteuerregelungen Firmen hierherlockt und ihnen für zehn Jahre die Steuern erlässt. Jonas Steiner (SP) erwähnte auch, dass vor allem die linke Ratsseite für die Attraktivität der Stadt Sorge. Das sehe ich etwas anders. Das Ausgabenwachstum etwas zu reduzieren bedeutet nicht, dass man etwas zu Tode spart. Wir betreiben eine Standortförderung ohne Steuererleichterung. Die Firmen werden nicht in Italien oder Spanien abgeworben. Es wird analysiert, welche Firmen zum Profil der Stadt Zürich passen würden, damit sich die Region Zürich weiterentwickeln kann. Es werden hochqualitative Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Firmen bezahlen den viel grösseren Teil

der Steuern als die Firmen an sich. Wir stehen im internationalen Wettbewerb. Andere innovative Länder sind hier ebenfalls aktiv. Es ist gut, wenn man sich dem Wettbewerb stellt und sich fit hält. Nur so wird man auch in Zukunft erfolgreich sein und stetig steigende Steuereinnahmen generieren können.

Joe A. Manser (SP): *Ich möchte noch den globalen Kontext mit einbeziehen und thematisieren, welche Aufgabenstellung die GZA vor welchem Hintergrund hat. Zentral ist die wirtschaftliche Dynamik weltweit und die Abhängigkeit davon. Damit verbunden ist die Frage, was dies für den Standort Zürich als Arbeitsplatz und Wirtschaftsraum bedeutet. Wir haben diese Diskussionen in den letzten Jahren vor allem europafokussiert geführt. Die GZA ist aber nicht primär europafokussiert. Das ist ein wichtiger Punkt, weshalb die Tätigkeiten und die Strategie der GZA interessant sind. Die GZA sorgt dafür, dass wir breiter als nur auf den Wirtschaftsstandort Europa abgestützt sind. Ich kann die Analyse der GZA bezüglich der Situation und Ausgangslage durchaus unterschreiben. Man muss sich auch fragen, wie Zürich einzuordnen ist in dieser Dynamik, welche Möglichkeiten wir haben und wo wir uns sehen. Die Wirtschaft, die uns gross gemacht hat, spielt sich nicht mehr bei uns ab. Wir haben neue Wirtschaftszweige. Darauf fokussiert sich die GZA unter anderem. So betrachtet kann man sich fragen, ob es eine Intervention braucht, damit wir auch in 20 Jahren noch gut leben können. Die Schweiz sollte sich überlegen, was sie unternimmt, um weiterhin mithalten zu können. Es gibt durchaus auch nicht steuerbare Faktoren wie die Kosten. Es stellt sich auch die Frage, welche Strategie man anwendet. Die Frage der Abwerbung und der Verlagerung der Arbeitsplätze ist legitim. Aus meiner Sicht gestaltet sich die Verlagerung nicht so, dass wir jenen etwas wegnehmen, die am meisten am Hungertuch nagen. Es geht primär um global aufgestellte Firmen, die ihr Headquarter in Asien oder Amerika haben und einen Europastandort suchen. Ich halte es für legitim, dass wir uns innerhalb Europas als Standort anbieten. An der neuen Fokussierung ist auch positiv, dass wir uns nicht primär als Briefkastenstandort profilieren, wie dies vom Kanton Zug praktiziert wurde. Es ist wichtig, dass wir mitmachen und mitreden.*

Roger Liebi (SVP): *Ich möchte auf einige Punkte aus dem Votum von Jonas Steiner (SP) eingehen. Zur Mär, dass wegen uns Bürgerlichen die Bildung zusammengekürzt wird: 1992 betrug die Ausgaben für Volksschule, berufliche Grundbildung, Mittelschulen, Uni und Fachhochschulen 2,2 Milliarden Franken. 2014 lagen sie bei 4,33 Milliarden Franken. Es soll mir niemand erzählen, wir seien Sparer, die alles streichen würden. Es ist wichtig, dass man dynamisch bleibt. Man darf nicht stehen bleiben. Joe Manser (SP) hat dies treffend ausgedrückt. Wir haben nun gehört, dass Zürich in Sachen Lebensqualität führend ist. Wenn Zürich in einem Ranking aber einmal zurückfällt, wird das versteckt. Der Rangverlust im Ranking zeigt aber, dass ein Bedarf da ist, dass etwas unternommen wird. Den von der FDP beantragten Zusatzbetrag braucht es dazu allerdings nicht. Der Kanton hat seinen Beitrag sogar etwas beschränkt und beschlossen, dass dieser künftig nicht einfach einwohnerabhängig berechnet werden sollte. Mir ist nicht klar, was diese beantragten zusätzlichen 150 000 Franken bringen sollen. Der Zusatznutzen dieses Betrags ist für mich gleich Null. Die GZA kann und muss mit den 250 000 Franken auskommen. Sie ist ein unternehmerischer Betrieb. Wir sollten bei diesem Betrag bleiben. So können wir etwas Gutes erreichen für die Stadt, für den*

Kanton, für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer und das Gewerbe.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Ich bedanke mich für die intensive Diskussion der Vorlage. Es wurde viel von Bildung gesprochen. Ich möchte betonen, dass auch die ETH bei der GZA dabei ist. Das beweist, wie wichtig die Arbeit der GZA für eine wichtige Institution wie die ETH ist. Durch die Arbeit der GZA kommen innovative Unternehmen nach Zürich, es werden Arbeitsplätze geschaffen und es wird Steuersubstrat generiert. Der Erfolg der GZA in den letzten Jahren zeigt, dass Zürich grundsätzlich gut positioniert ist. Der Standort ist für innovative Firmen attraktiv. Unser Wirtschaftsraum sorgt mit seiner Vielfalt für ausgezeichnete Standortfaktoren, nicht nur für Unternehmer, sondern auch für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitnehmende. Diese Vorteile und Qualitäten müssen allerdings auch bekannt gemacht werden. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, uns ginge es so gut, dass wir uns zurücklehnen könnten und sich die Firmen von alleine ansiedeln würden. Firmen überprüfen heute ihren Standort in regelmässigen, kurzen Abständen. Sie wollen über mögliche Angebote informiert sein. Es ist deshalb wichtig, dass eine Organisation wie die GZA über das Angebot dieses Wirtschaftsraumes informiert. Es findet auch nicht einfach eine Verlagerung der Arbeitsplätze statt. Mit gezielten Ansiedlungen, die sich an den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung der Kantone und Städte orientieren, wird eine Firmenlandschaft gestärkt. Damit gewinnt der Gesamtstandort noch mehr an Attraktivität und Vielfalt und ist auch für hiesige Arbeitskräfte interessant. Der letzte Beschluss des Gemeinderats stand unter dem Zeichen der Neuausrichtung der GZA. Diese war wichtig. Gerade die verstärkte Einbindung von privatwirtschaftlichen Unternehmen war ein Grundstein für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit dieser Organisation bei der Wirtschaft. Die Tätigkeiten der GZA sind gezielt und orientieren sich an den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung und an der bestehenden hiesigen Branchen- und Firmenstruktur. Damit können wir den Wirtschaftsstandort gezielt stärken. Das Modell der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und der Standortpromotion wurde besser abgestimmt. Es kamen klarere Strukturen hinein. Es wurde damals auch eine Evaluation gefordert. Die Ergebnisse sind positiv und zeigen, dass die Stadt als Kern dieses Wirtschaftsraums überdurchschnittlich profitiert. Die Evaluation belegt, dass auf Qualität ausgerichtete Standortmarketing zu einer nachhaltigen Ansiedelung von internationalen Unternehmen und qualifizierten Arbeitsplätzen und einer langfristigen Sicherung von Steuersubstrat für die Region und insbesondere für die Stadt führt.*

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): *Roger Liebi (SVP) ist der Meinung, dass die zusätzlichen 150 000 Franken keinen Nutzen bringen würden und man damit nicht viel anfangen könne. Betrachtet man jedoch die Kostenstruktur der GZA und berücksichtigt, dass diese Personen nicht hier angestellt werden, sondern in den Schlüsselmärkten, die über andere Lohnstrukturen verfügen, kommt man zum Schluss, dass die 150 000 Franken ausreichen würden, um zwei Personen in einem Schlüsselmarkt anzustellen und dass dies durchaus einen positiven Einfluss hätte. 150 000 Franken ist ein solider Betrag und*

nicht etwas, auf das man einfach so verzichten kann.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich ~~Fr. 250 000.–~~ Fr. 400 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Minderheit: Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne)
Enthaltung: Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Enthaltung: Rosa Maino (AL)

11 / 11

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 250 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Vom Bericht zum Postulat betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area wird Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2012/5, von Dr. Jean-Daniel Strub und Lucia Tozzi (beide SP) vom 11. Januar 2012 betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Einbezug der kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmaßnahmen für die Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat